



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

11.03.2025
HHA

Fraktion der Freien Demokraten

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Land Hessen für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 21/1715 zu Drucksache 21/1378

Inhalt des Antrags: **Land Hessen muss Wort halten - Besoldungserhöhung für Beamte nicht verschieben**

Einzelplan 17 **Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 17 01 Bezeichnung Allgemeine Finanzierungsvorgänge

Produktnr. 12 Bezeichnung Rücklagen und Globalpositionen

Veränderungen in Euro		2025		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			0
14	Summe Aufwendungen	-760.000.000	16.500.000	-743.500.000
				0
				0
Liquidität				
Einnahmen				0
Ausgaben				0

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Die als verbindlich geltenden Erläuterungen zu den ausgewiesenen Leistungen sind wie folgt zu ändern:

1. Globale Minderausgabe

Da zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans nicht vorhersehbar ist, in welchen Bereichen die regelmäßig im Haushaltsvollzug auftretenden Verbesserungen entstehen, wird eine „Globale Minderausgabe“ in Höhe von 743,5 Mio. Euro veranschlagt.

2. Einsparung bei Personalausgaben

Entfällt

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Die Ergebnisse des Haushaltsvollzugs der vergangenen Haushaltsjahre haben aufgezeigt, dass die Planansätze offensichtlich stets sehr großzügig bemessen waren und der jeweilige Jahresabschluss im Haushaltsvollzug entsprechende, teils sehr deutliche Verbesserungen ausgewiesen hat. In Anbetracht dessen und aufgrund des Umstandes, dass der Haushalt für das Jahr 2025 ohnehin erst verspätet in Kraft gesetzt wird, ist auch für das Haushaltsjahr 2025 davon auszugehen, dass entsprechende Verbesserungen erzielt werden können.

Mit den weiteren Änderungsanträgen zum Haushalt 2025 wurde im Saldo Verbesserungen von rund 16,690 Mio. Euro erzielt. Es bedürfte somit "Einsparungen bei Personalausgaben in Höhe von aufgerundet 163,5 Mio. Euro.

Dieser Betrag wird den globalen Minderausgaben zugeschlagen, die somit in der Summe 743,5 Mio. Euro betragen und entsprechend zu erwirtschaften sind, was in Anbetracht der Vorjahresergebnisse als realistisch zu bezeichnen ist.

Im Ergebnis muss daher eine Verschiebung der Besoldungserhöhung nicht erfolgen.

Wiesbaden, 11.03.2025

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:

Dr. Stefan Naas